Warum es politisch relevant ist, ob Menschen eher Angst vor KI oder vor Immigration haben

09.10.2026, 10:05 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *idw - Informationsdienst Wissenschaft*

In wirtschaftspolitischen Debatten wird aktuell immer wieder diskutiert, wie wirtschaftliche Veränderungen und Krisen die politischen Einstellungen von Menschen beeinflussen. Doch wie hängt die Wahrnehmung unterschiedlicher Arbeitsmarktrisiken mit konkreten politischen Forderungen – etwa nach Bildungsmaßnahmen oder Subventionen – zusammen? Die neue Studie zeigt: Wer technologischen Wandel als zentrales Risiko betrachtet, befürwortet eher sozialpolitische statt regulativer Maßnahmen. Personen, die Zuwanderung als größtes Arbeitsmarktrisiko wahrnehmen, unterstützen hingegen eher Maßnahmen regulativer Art wie den Schutz des heimischen Arbeitsmarkts und innerstaatliche Deregulierung. Gleichzeitig fällt ihre Unterstützung für sozialpolitische Maßnahmen wie allgemeine Sozialleistungen und sozialpolitische Investitionen geringer aus. Und: Wer die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland fürchtet, befürwortet weniger staatliche Intervention in die Wirtschaft, wenn er sich selbst als politisch rechts einordnet, und mehr staatliche Interventionen, wenn er sich selbst als politisch links einordnet.

Das Forschungsteam führt diese Befunde auf unterschiedliche Formen des Gruppendenkens zurück, die durch die Wahrnehmung verschiedener wirtschaftlicher Risiken aktiviert werden.
Wenn Zuwanderung als größtes Risiko für den Arbeitsmarkt wahrgenommen wird, kann dies eine kulturell geprägte Denkweise fördern, die eine Grenze zwischen Einheimischen und Zugewanderten zieht. Daran anschließend könnten politische Maßnahmen, die den nationalen Arbeitsmarkt schützen oder sozialstaatliche Leistungen einschränken, als logische Reaktion erscheinen. Universelle Sozialleistungen könnten dagegen als Unterstützung für eine Gruppe angesehen werden, die als „außenstehend“ empfunden wird.

Anders sieht es aus, wenn der technologische Wandel als das zentrale wirtschaftliche Risiko betrachtet wird. Hier rückt ein klassenbezogenes Denken in den Vordergrund, das den Konflikt zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern betont. In diesem Szenario könnten universelle Sozialleistungen dazu dienen, die Position der Arbeitnehmer zu stärken.

Die Wahrnehmung von Offshoring als Arbeitsmarktrisiko passt indes nicht eindeutig in eines dieser Denkmuster. Je nach politischer Einstellung kann sowohl die kulturelle als auch die klassenbezogene Sichtweise beeinflusst werden, wobei unterschiedliche Gruppengrenzen in den Vordergrund treten können.

Die Forschenden kommen daher zum Schluss, dass Arbeitsmarktpolitik nicht eindimensional als „mehr vs. weniger“ staatliche Eingriffe betrachtet werden kann, sondern mehrdimensional verstanden werden muss: Unterschiedliche soziale Denkmuster bringen verschiedene politische Forderungen hervor.

Die Studie basiert auf zwei Wellen einer Panelbefragung aus den Jahren 2021 und 2022 mit insgesamt 1.112 Befragten (und 1.627 Beobachtungen) in Österreich.

Die Studie online:
Licia Bobzien, Fabian Kalleitner, Lukas Schlogl: Technology, migrants or offshoring: How the perceived source of labour-market risks shapes policy demands, Journal of European Social Policy (2026), DOI: https://doi.org/10.1177/09589287261491123

Kontakt:
Dr. Licia Bobzien, Professur für Sozialstruktur und soziale Ungleichheit
Telefon: 0331 977-3471
E-Mail: licia.bobzien.1@uni-potsdam.de

Medieninformation 09-10-2026 / Nr. 082
Matthias Zimmermann

Universität Potsdam
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Am Neuen Palais 10
14469 Potsdam
Tel.: +49 331 977-1474
Fax: +49 331 977-1130
E-Mail: presse@uni-potsdam.de
Internet: www.uni-potsdam.de/presse

wissenschaftliche Ansprechpartner:
Dr. Licia Bobzien, Professur für Sozialstruktur und soziale Ungleichheit
Telefon: 0331 977-3471
E-Mail: licia.bobzien.1@uni-potsdam.de

Originalpublikation:
https://doi.org/10.1177/09589287261491123

Universität Potsdam

KatharinaZimmer (Mitarbeiter in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

0331 977-1474

presse@uni-potsdam.de

News-ID: 1326224 • Views: 82 (Stand: 02.11.2026)

Link zur Pressemitteilung:
https://www.openpr.de/news/1326224/Warum-es-politisch-relevant-ist-ob-Menschen-eher-Angst-vor-KI-oder-vor-Immigration-haben-idw.html